

Per E-Mail an:
evelyn.mayer@bk.admin.ch

17. August 2021

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die politischen Rechte und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (Umsetzung Neuausrichtung des Versuchsbetriebs)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Vernehmlassungsunterlagen i.S. Teilrevision der Verordnung über die politischen Rechte und Totalrevision der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (Neuausrichtung des Versuchsbetriebs).

Mit dem vorliegenden Entwurf soll eine neue Grundlage für den E-Voting-Versuchsbetrieb geschaffen werden. Dabei werden die gemachten Erfahrungen und erarbeiteten Massnahmen berücksichtigt. Wir begrüssen den Zeitpunkt, die Stossrichtung und die Zielsetzungen der Neuausrichtung des Versuchsbetriebs zur elektronischen Stimmabgabe. Dabei ist es auch künftig wichtig, dass den Kantonen der erforderliche Handlungsspielraum belassen wird, ob, wann und für wen sie E-Voting einsetzen wollen (Freiwilligkeit).

Weiterhin soll zudem dem Aspekt der Sicherheit höchste Priorität beigemessen werden. Dieser ist zentral für das Vertrauen der Bevölkerung und damit für den Erfolg der Umsetzung von E-Voting.

In der Beilage lassen wir Ihnen den Fragebogen mit unser Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen zukommen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: ausgefüllter Fragebogen